

Referendum gegen Rayonverbot

Beschlossen Basta und andere Linksgruppierungen wollen Wegweisungsartikel bekämpfen

Widerstand gegen den Wegweisungsartikel. Basta, Jungparteien und weitere Gruppen ergreifen das Referendum.

DAVID WEBER

Der Wegweisungsartikel soll mit Hilfe des Volkes aus der Welt geschafft werden. Das beschloss die Linkspartei Basta am Montagabend. Sie ergreift das Referendum gegen den vom Parlament am 15. Oktober mit 65 zu 46 Stimmen verabschiedeten Gesetzesartikel. Unterstützt wird Basta dabei vom Jungen Grünen Bündnis und von den Jungsozialisten, die bereits früher ihre Bereitschaft signalisierten, ein Referendum zu unterstützen. Ebenfalls im Referendumsboot sitzen andere Linksgruppierungen, wie die Neue PdA, die Liste 13 oder das Solinetz.

«Auch ein gewisses Risiko»

Die Gründe für den Referendumsentscheid decken sich mit der im Grossen Rat von linker Seite geäusserten Kritik am Wegweisungsartikel (bz vom 16. Oktober). Wie aus einer gestern Nachmittag verschickten Medienmitteilung hervorgeht, sagt Basta Nein zu «Willkür und Rechtsunsicherheit», zur «Abwälzung gesellschaftlicher Probleme auf die Staatsgewalt» und zur «leichtfertigen Einschränkung der Freiheitsrechte». Nun heisst es für die Wegweisungsgegner: Unterschriften sammeln, 2000 in knapp 40 Tagen.

Das Referendum berge aber auch ein «gewisses Risiko», sagte Basta-Grossrätin Heidi Mück gestern auf Anfrage. Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung sei gross. Aber «der beschlossene Wegweisungsartikel», erklärt Mück, «ist kein taugliches Mittel zur Gewaltprävention». Er täu-

sche die falsche Tatsache vor, dass die Stadt dadurch sicherer werde. Basta befürchte vielmehr, dass «eine weggewiesene Person erst recht Aggressionen anstaut, die sie dann andernorts rauslässt». Da es letztlich eine Entscheidung der Polizei sei, ob eine Person eine Gefahr für andere darstellt, befürchten die Gegner des Wegweisungsartikels zudem Willkür.

SP entscheidet am 6. November

Basta fällt die Referendumsentscheid nach längerer Diskussion ohne Gegenstimme bei zwei Enthaltungen. Schwerer fällt die Entscheidung «für oder gegen den Wegweisungsartikel» den Grünen und der SP. Die beiden grossen Linksparteien haben sich noch nicht entschieden, ob sie das Referendum unterstützen werden.

SP-Präsident Thomas Baerlocher äussert sich jedoch skeptisch zum Referendum. Mit der Motion von SP-Grossrätin Anita Heer habe sich die SP klar für eine rechtliche Grundlage für Wegweisungen unter bestimmten Bedingungen ausgesprochen. «Aus SP-Sicht wäre eine grundsätzliche Ablehnung des Wegweisungsartikels im Abstimmungskampf schwierig zu begründen, auch wenn der verabschiedete Artikel nicht den Wunschvorstellungen der SP entspricht», erklärt Baerlocher seine Position, die Partei entscheide sich aber erst am 6. November.

Die Ratslinke hatte letzte Woche im Parlament versucht, die Dauer eines Rayonverbots zu senken und einige «schwammige Formulierungen» zu kippen. Ohne Erfolg. Nach dem Gesetz darf die Polizei Störer bis zu 72 Stunden, in schwerwiegenden Fällen bis zu einem Monat, eines Orts verweisen.